



Regierungsrat

Luzern, 13. Dezember 2022

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT

P 830

Nummer: P 830
Eröffnet: 21.03.2022 / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i.V. mit
Gesundheits- und Sozialdepartement
Antrag Regierungsrat: 13.12.2022 / Ablehnung
Protokoll-Nr.: 1456

**Postulat Estermann Rahel und Mit. über die verstärkte Medienbildung
mittels eines virtuellen Kiosks für Jugendliche**

Unser Rat anerkennt, dass das politische Wissen der Bevölkerung die Grundlage für eine funktionierende direkte Demokratie ist. Ebenso anerkennen wir die wichtige Funktion, welche den Medien bei der Vermittlung politischen Wissens zukommt. Ein Blick auf die Angebotsseite zeigt: Dem Medienwandel zum Trotz steht den Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kanton Luzern eine breite und differenzierte Auswahl an politischer Berichterstattung zur Verfügung. Mehrere Redaktionen befassen sich mit der kantonalen und lokalen Politik und publizieren auf verschiedenen Kanälen teils Gratis-Angebote, teils Bezahl-Angebote: die Luzerner Zeitung, das Regionalstudio der SRG, Zentralplus, die Luzerner Büros von KEYSTONE-SDA und 20minuten, diverse Radiosender. Lokal und regional existiert nach wie vor eine vielfältige Printmedienlandschaft. Dieses Angebot trifft allerdings auf eine sich verändernde Nachfrage. Dass immer mehr Konsumentinnen und Konsumenten – nicht nur junge – abwandern zu Gratis-Inhalten und Unterhaltungs- statt Informations-Angeboten, ist Teil eines weltweiten, technologiegetriebenen Wandels des Medienkonsums.

Kinder und Jugendliche wachsen in einer vielfältigen Medienwelt auf. Der virtuelle Raum ist heute fester Bestandteil im Leben von Kindern und Jugendlichen. Die neuen Medien beinhalten multiple Entwicklungs- und Lernchancen, aber auch Gefahren und Risiken. Umso wichtiger ist es, dass Kinder und Jugendliche den Umgang mit den neuen Medien erlernen. Der Umgang mit Desinformation («Fake News») und in diesem Zusammenhang auch die Sensibilisierung für den Stellenwert eines qualitativ hochstehenden Journalismus für die eigene Medien- und Meinungsbildung stellen aus unserer Sicht durchaus wichtige Bildungsaufgaben dar. Es bestehen jedoch bereits ausreichend Gefässe zur Förderung der Medienkompetenzen sowie zur Medien- und Meinungsbildung von Kindern und Jugendlichen im Kanton Luzern. Medienbildung ist Teil des Lehrplans 21 in den Volksschulen sowie in den Lehrplänen der Gymnasien und der Berufsbildung. Der Schulunterricht wird unterstützt durch die Angebote des Zentrums für Medienbildung und Informatik ZEMBI der PH Luzern.

Das Postulat legt dar, im Zuge dieser Entwicklung hätten viele jüngere Personen das Bewusstsein dafür verloren, dass guter Journalismus Geld kostet. Inwiefern dieses Bewusstsein gefördert wird, wenn der Kanton kostenpflichtige Angebote verbilligt oder gratis zugänglich macht, bleibt offen. Medienunternehmen haben ein ureigenes Interesse daran, zeitgemässe Informationsangebote für politisch Interessierte zu entwickeln; und sie haben die nötigen Kompetenzen. Die staatliche Mitfinanzierung von Informationsangeboten, die der Markt

nicht mehr nachfragt oder nicht mehr zulässt, ist im ungünstigsten Fall ein innovationshemmender Fehlanreiz. So sind denn auch innovative neue Medienangebote wie «heidi.news» oder die «Republik» in der jüngeren Vergangenheit durch Initiativen privater Medienunternehmer entstanden, nicht aufgrund staatlicher Subventionen.

Unser Rat sieht deshalb aktuell keine Veranlassung, ein kantonales Subventionsmodell für Bezahlmedien aufzubauen, zu betreiben und staatlich zu finanzieren. Mit der Situation im Waadtland, wo wichtige Print-Titel wie «L'Hebdo» und «Le Matin» verschwunden sind, ist die aktuelle Situation im Kanton Luzern nicht vergleichbar. Stattdessen soll die politische Bildung Jugendlicher und junger Erwachsener mit den bereits bestehenden Angeboten weiterhin gefördert werden.

Aufgrund dieser Überlegungen beantragen wir Ihnen die Ablehnung des Postulats.